



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**Juli
2026**

Die etwas andere Meinung

Guten Tag!

Der „Spiegel“ betitelte seine letzte Ausgabe mit „Unser Krieg gegen Russland“. Auch wenn unsere Regierung diese direkte Kriegsbeteiligung nicht offiziell verkündet hat, so lässt sie uns alle längst dafür bluten! Der Krieg, der in der Ukraine stattfindet, ist für uns sehr kostspielig und die Hochrüstung kostet uns den Sozialstaat.

In den Nachrichten werden wir täglich mit neuen Hiobsbotschaften für einen Aderlass konfrontiert. Der Verteidigungshaushalt kostet uns in diesem Jahr schon 82,2 Milliarden Euro, wird in 2027 auf 104,5 Mrd. erhöht und soll bis 2030, wenn der Russe kommt, auf 179,7 Mrd. Euro weiter steigen. Wir spüren das alle am eigenen Leib, denn sie können das Geld nur einmal ausgeben. Rüstung oder Soziales! Dass unsere soziale Infrastruktur unterfinanziert ist, wird uns mit leeren Kassen begründet.

Kein Geld für uns?
**WO BLEIBEN
DIE MILLIARDEN?**



↑ DIE WAFFEN
NIEDER

Weitere Orte, wo Investitionen besser
wären, als bei der Bundeswehr:
www.nie-wieder-krieg.org

Illustration: Philipp Grottel/Projekt Zukunft

Laut Tagesschau vom 16. Juni können 95 Prozent unserer Kommunen ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen und müssen sparen. An wem? An uns Bürgern. Man bemerkt es an kaputten Straßen, geschlossenen Schwimmbädern oder steigenden Kita-Kosten.

Doch nicht nur das. Es geht auch an unsere Gesundheitsversorgung. Jahre lang haben sich unsere Regierungen sittenwidrig aus den beitragsfinanzierten Krankenkassen bedient, so dass jetzt eine Lücke von ca. 20 Mrd. Euro klafft. Dieses Defizit wird Beitragserhöhungen, Leistungskürzungen und Krankenhausschließungen nach sich ziehen. Solche Lösungen werden alle Menschen an ihren Wohnorten betreffen. Das alles ist schon mehr als genug, aber auch die Rentner sollten nicht zu früh lachen. So soll das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre erhöht, die vorzeitige Rente nach 45 Arbeitsjahren gestrichen und das Rentenniveau weiter gekürzt werden.

Die Beispiele aus der Giftküche unserer Ministerien sind noch lange nicht ausgeschöpft. Wer Russland besiegen will und zudem die 5000 Superreichen in Deutschland nicht belasten möchte, der muss die Bevölkerung schröpfen!

Sind wir Schafe, die sich zur Schlachtbank führen lassen? Nein! Wir brauchen massenweise öffentlichen Widerstand aus Gewerkschaften, Kirchen und gesellschaftlichen Organisationen. Lassen wir uns nicht einschläfern.

R. Weber

Umgang mit Nazis

Grüne, SPD, CDU/CSU und die Übrigen zeigen auf die stärker werdende AfD und rufen bei jeder Gelegenheit „Nazis“ oder „Faschisten“! Dabei wird der Faschismusbegriff inflationär benutzt. Wir Kommunisten beurteilen Parteien und Personen nach ihrem Verhältnis zur arbeitenden Bevölkerung und zur Stellung und Rolle, die sie dieser Bevölkerungsmehrheit beimisst. Insofern sticht keine der Parteien als positives Beispiel hervor. Wenn Parteien und Politiker die Interessen der Reichen und des Kapitals bedienen, braucht man sich nicht über zunehmende Armut wundern. An dieser



Messlatte kann man sämtliche Parteien beurteilen und einordnen. Unsere Erfahrung zeigt uns, dass Faschismus mit Aufrüstung und Sozialabbau eng verknüpft ist.

In langanhaltenden Wirtschaftskrisen, wie der unseren, greift die Kapitalfraktion zu schärferen Mitteln um auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung Profite abzusichern. Der Extremfall ist der Faschismus als Herrschaftsform des Kapitalismus. Die Veränderungen finden schleichend statt. Der Angriff auf die sozialen Errungenschaften, auf den Achtsturentag, Renten und Krankenversicherung erleben wir gerade, und auch die Meinungsfreiheit wird zunehmend eingeengt.

Insofern kann man das Zeigen auf die AfD auch als Ablenkung vom eigenen Versagen deuten. Das soll keine Entschuldigung der Weidel-Partei sein, die sich ebenfalls für Hochrüstung und die Abschaffung aller Reichensteuern einsetzt.

Während sich SPD und Grüne als die lautstärksten „Pseudo-Antifaschisten“ zu erkennen geben, haben sie nicht die geringsten Berührungspunkte mit Hakenkreuzträgern, wenn es um die Ukraine geht. Gerade hat Selenskyj den NS-Kollaborateur Andrij Melnyk mit einem Staatsakt gewürdigt und nach Stepan Bandera werden Straßen benannt, Denkmäler und Museen errichtet. In der Ost- und Zentralukraine wird Bandera als Verräter, Massenmörder und Holocaustverbrecher wahrgenommen. In Deutschland schaut man weg.

Mit anderen Worten: Unsere Milliardenunterstützung für die Ukraine hat nichts mit Demokratie und Antifaschismus am Hut.

I. Blümmel

Der Krieg ist weit weg, noch!

Wenn man unseren Medien über den Krieg in der Ukraine folgt, dann gibt es nur auf Selenskyis Seite Zerstörung und Tod. Erst in letzter Zeit, wenn ukrainische Drohnen und Raketen im russischen Hinterland einschlagen, wird bei uns mit einer gewissen Schadenfreude berichtet.

Dabei wird schnell übersehen, dass diese Angriffe nur mit westlicher, besonders aber deutscher Unterstützung und Logistik erfolgen. Auch wenn diese täglichen, vorwiegend zivilen Opfer auf russischer

„Das große Karthago führte drei Kriege.

Nach dem ersten war es noch mächtig.

Nach dem zweiten war es noch bewohnbar.

Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden.“



Bertold Brecht

Seite bei uns wenig Beachtung finden, so ändert sich die Einstellung zum Krieg bei der russischen Bevölkerung. Vermehrt melden sich in Russland politische Hardliner zu Wort, die Putin seine Zögerlichkeit vorwerfen und ein härteres Vorgehen gegen die westlichen Unterstützer der Ukraine fordern.

Im April hat Russlands Verteidigungsministerium Adressen europäischer Rüstungsfirmen veröffentlicht, die Ziel von Angriffen werden könnten. Statt auf Verhandlungen und Diplomatie zu setzen geht die Merz/Pistorius Truppe weiter auf Konfrontation. 85 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion finden an der russischen Grenze wieder Übungen der dauerhaft in Litauen stationierten Bundeswehrbrigade statt. Als Ehrengast Verteidigungsminister Boris Pistorius. Es hat den Anschein von Vergeltung nach der Niederlage der deutschen Wehrmacht. Dass Russland eine Atommacht ist und sich niemals wieder zum Opfer deutscher Aggression machen lässt, wird hier nicht Ernst genommen. Das ist fatal!



G. Janske

»Zu sagen was ist,
bleibt die
revolutionärste Tat.«
Rosa Luxemburg



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch

E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

Spenden sind herzlich willkommen!

DKP Darmstadt

Stichwort „ODENWALDKURIER“

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

V.i.S.d.P.: Robert Weber, Kohlgrube 72, 64720 Michelstadt

E-Mail weberobinfo@gmx.de